

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ordnung für den Verkauf des Blattes: Das Blatt wird durch den Postträger zum Besten des Tages für den folgenden Tag. Bezugspreis bei ...



Interessanter Preis: Für die 6 getragene Körpergröße oder deren Raum, Kleinen, die 2-stellige Körpergröße ...

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Jichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inzeratenteil: Arthur Jichunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 19.

Donnerstag / Freitag 15. / 16. Februar 1923.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reichsregierung protestierte in einer Note gegen die rechtswidrige Sperrung des Ruhrgebietes für die Ausfuhr aller Industrieprodukte nach dem übrigen Deutschland.
- Reichspräsident Ebert hielt in Karlsruhe und Mannheim politische Reden und fuhr dann nach Darmstadt weiter.
- Reichsminister Dr. Cuno hat für Ende der Woche seinen Besuch in München angekündigt.
- Aus London konnten noch unbestätigte Meldungen, daß die englischen Truppen ebenfalls binnen kurzem das Rheinland verlassen sollen.
- Die Belgier hoben Wesel und Emmerich b. a. H.
- Wie verlautet, planen die Franzosen, auch Darmstadt zu besetzen.

Eitle Hoffnungen.

Der Präsident des Deutschen Reiches hat am Montag nach Karlsruhe begangen und dort einerseits Besprechungen mit den maßgebenden Instanzen Baden gepflogen und andererseits vor Vertretern aller Berufsstände des Landes und der Presse in mehreren großen Reden Stellung zu der uns alle heute bewegenden Existenzfrage des Reiches genommen. Nicht nur aus den eigenen Worten des Reichspräsidenten, sondern auch sonst hört man von unentworfener Seite, daß der Besuch, der übrigens eine recht interessante Vorgeschichte hatte, auf die besten Verhältnisse und den erfolgreichsten Erfolg gehabt hat. Man kann es begreifen, daß man in Baden das Verlangen hatte, sich angesichts des gemeinsamen Feindes mit dem übrigen Deutschland eins zu fühlen. Man wollte wissen, was man in Berlin, Stettin und Münden sich bewußt wäre, was dem schönen Lande am Abgang des Schwarzwaldes geschehen war, als der Franzose einbrach, und man wollte in Baden schließlich die Versicherung haben, daß der jetzige Abwehrkampf um die Freiheit und den Bestand des Reiches zugleich auch für die Freiheit Badens geführt wird.

Man sah hier, wie bisher bei allen ähnlichen Gelegenheiten, daß der Franzose mit seinem Willen gerade das Gegenteil dessen erreicht, was er wünscht. Er schickt Bataillone auf Bataillone ins Ruhrgebiet, er löst über Nacht nach Baden vor, er möchte neuerdings sogar Schiffe nach Hamburg schicken, um den dortigen Hafen zu blockieren. Und all das erfolgt einzig und allein aus der Hoffnung heraus, das Reich zu unterminieren zu können. Er will das Gefüge Deutschlands unterminieren, den Süden vom Norden trennen, das Reich in mehrere ohnmächtige, einander vielleicht sogar feindliche Teile zerreißen. Und das tut er, er tut es, wie wir alle nur einer Mutter Erde und eines Vaterlandes sind, ist es heilige Pflicht, zusammen zu stehen und unseren unterdrückten Brüdern und Schwestern, ihnen Hilfe zu bringen, wenn sie es abtun können, den Eindringlingen Slavendienste zu leisten, ihnen zu helfen, die harten Tage der Fremdherrschaft zu überwinden. In einem anderen Satz seiner Rede kennzeichnete der Präsident das französische Unternehmen als "beispiellos schandige Gewalttat", die den Friedensvertrag offen verletze, die Rechte der Völker wider die Menschen mit Füßen treten und mit allen Mitteln militärischer Gewalt Krieg führe gegen wehrlose Männer, Frauen und Kinder.

Seine besondere Bedeutung hatte dieser Besuch aber noch dadurch, daß hier der erste Repräsentant eines 60-Millionen-Volkes, indem er zum badischen Lande sprach, zugleich kraft seines hohen Amtes sich an die ganze Kulturwelt wandte. Warfuge, scharf kennzeichnende Worte sprach der Reichspräsident über das ungeheuerliche, in der ganzen Geschichte der Welt noch nie dagewesene Verbrechen Frankreichs, schilderte noch einmal die Unerbittlichkeit und Fadenlosigkeit der angeblichen Gründe Poincarés, und, indem er im Hinblick auf die Ergebnisse der letzten Verhandlungen mit der badischen Regierung der Überzeugung Ausdruck verleiht, daß das badische Volk in Festigkeit und Unerschütterlichkeit hinter dem Ruhrdeutschem nicht zurückbleiben werde, kam der Schwofe, vernichtende Gegensatz, in welchem die dunkle Niedertracht der französischen Absichten zu dem strahlenden und wirkungsvollen Einheitswillen Deutschlands steht, um so deutlicher zur Geltung. Die Hoffnung, einen Keil zwischen die tragenden Balken des deutschen Hauses zu schieben, ist wie alle anderen Hoffnungen der französischen Gewaltpolitik eitel und nichtig. Um das im Namen der anderen süddeutschen Länder noch ausdrücklich festzustellen, war zugleich mit dem Reichspräsidenten auch der württembergische Staatspräsident Dr. Sieber nach Karlsruhe gekommen. Und auch er sagte deutlich und unmissverständlich: Ich will vor aller Öffentlichkeit die Versicherung abgeben, daß in Württemberg kein Mensch, ohne Unterschied der Partei, irgendwie rüttelt an der unbedingten Zusammengehörigkeit mit dem übrigen deutschen Volk.

Den Franzosen in Offenburg und Appentweier müssen die Ohren geklungen haben. Sie hatten dem Offenburger Bürgermeister mitteilen lassen, daß Herr Ebert um Gottes Willen nicht ins besetzte Gebiet kommen möchte!

Das schlechte Gewissen ließ den Verbrecher nicht schlafen. Er hat ja auch bereits das deutlichste Geständnis abgelegt, daß ihn blasse Furcht schüttelte, als er in Berlin in einer Note erklären ließ, wenn künftige Minister des Reiches im besetzten Gebiet erscheinen und — man das rechtzeitig auf französischer Seite erfährt! — dann würde man dagegen einschreiten. Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn ... Das Kabinett Cuno hat darauf die entsprechende Antwort erteilt. Man wird sich um dieses Verbot nicht kümmern. Die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder lehnen es ab, Vorschriften über das Verhalten ihrer Minister von fremden Regierungen entgegenzunehmen.

Was Reichspräsident Ebert im Namen ganz Deutschlands jetzt gesagt hat, wird aber auch aus Karlsruhe in die Welt hinausdringen und gehört werden. Der berühmte Historiker Onken hat soeben in einem außerordentlich inhaltreichen Aufsatz ausgeführt, daß im Grunde die französische Deutschland-Politik während der letzten Jahrhunderte das Ende einer immer stärkeren Festigung des deutschen Gedankens gehabt habe. Wie ist das so deutlich gewesen wie heute, und darum können wir uns in der Gewissheit trösten, daß die Reichsregierung auch diesmal kein Glück haben werden.

Rede Eberts in Mannheim.

Von Karlsruhe begab sich der Reichspräsident nach Mannheim und hielt bei einer Protestkundgebung im Rathaus eine neue Ansprache, in der er u. a. ausführte: Es ist möglich, daß der Segner die Hand nach dieser Stadt, diesem wirtschaftlichen Brennpunkt, ausstreckt wird. Da ist es mir ein Bedürfnis, gerade in Mannheim im Namen der Reichsregierung zu erklären, daß wir ohne Vorbehalt entschlossen und bereit sind, dem Lande und auch Mannheim bei allen diesen Eingriffen, bei allen Schäden, die daraus entstehen können, mit unserer ganzen Kraft brüderlich zur Seite zu stehen, zu helfen und auszugleichen. Eben so sind wir fest überzeugt, daß jeder Bürger, sei er Industrieller, Techniker, Arbeiter und nicht zuletzt Beamter, daß sie ihren Mann stehen, daß sie überzeugt sind, daß ein solcher Kampf nur geführt werden kann, wenn der einzelne bereit und gewillt ist, persönlich Opfer zu bringen.

Zum Schluss betonte der Reichspräsident, daß der Einfall der Franzosen die Hoffnung rechtfertige, unser geliebtes Vaterland zusammenzuschweißen zu einer einheitlich geschlossenen Nation, zu einer Einheit, die gewillt ist, ihr Bestes, und wenn es sein muß, ihr Leben an das Vaterland zu setzen unter der Devise: Für die deutsche Freiheit, für die deutsche Zukunft!

Neue Ausfuhrsperrre.

Keine Ruhrfabrikate für Deutschland.

Die französische und die belgische Regierung wollen vom 12. Februar an die Ausfuhr der in den besetzten Gebieten hergestellten metallurgischen Erzeugnisse und sonstigen Fabrikate nach dem übrigen Deutschland sperren. Sie begründen diese Maßnahme mit dem Hinweis auf die von der Reichsregierung den deutschen Beamten im Ruhrgebiet erteilten Befehle sowie mit der Behauptung, daß die Reichsregierung in diesem Gebiet Unruhen aller Art hervorzurufen suche.

Gegenüber dieser neuen Gewaltmaßnahme weist die deutsche Regierung in einer Protestnote darauf hin, daß die Begründung der neuen Maßregel nichts als ein Vorwand und ein offenes Eingeständnis der Tatsache ist, daß die Besatzungsmächte mit den bisherigen Gewalttaten dem mit der Ruhrbesetzung begangenen Unrecht nicht haben zum Erfolg verhelfen können, und daß sie sich deshalb zu immer schwererem Unrecht getrieben haben. Diese Ausfuhrsperrre kann mit der angeblich angeführten Sicherung der Reparationslieferungen in keinerlei Zusammenhang gebracht werden, sondern lediglich die Folge haben, das deutsche Wirtschaftsleben weiter zu zerstören. Die deutsche Regierung erklärt, daß es den Besatzungsmächten auch mit diesem Gewaltakt nicht gelingen wird, sich die Bevölkerung der besetzten Gebiete gefügig zu machen. Sie protestiert gegen das neue Unrecht und macht die französische und die belgische Regierung dafür verantwortlich, daß die Fähigkeit Deutschlands zu Reparationsleistungen zum Nachteil aller alliierten Mächte in immer höherem Maße vernichtet wird.

Die Gelsenkirchener Schupo entwauffnet! Straßenterror in Essen.

Offenbar als Vergeltung für den blutigen Zwischenfall zwischen zwei Franzosen und deutschen Polizisten ist die Stadt Gelsenkirchen von einem großen Truppenausgebot besetzt worden. Es rüdten mehrere Abteilungen französischer Kavallerie ein, gefolgt von Tanks und Lastautos.

Sie umstellten das Rathaus und zogen darauf zur Polizeiwache Zentrum, wo sie über die dort anwesenden sechzehn Schupoleute herfielen, sie entwaffneten und in der brutalsten Weise mißhandelten. Schließlich wurde die gesamte Schupo umzingelt, entwaffnet und abgeführt, wobei die Polizisten die Hände hochheben mußten. Die Sicherheitsbeamten wurden im geschlossenen Zuge unter stürkster Bedeckung durch die Hauptstraßen nach Wismar abgeführt. Unterwegs wurden die Beamten mit Kolben blutig geschlagen und mit Fußtritten traktiert. Die Geschäfte im Stadtdinnern sind geschlossen.

In Essen und Gelsenkirchen üben die Franzosen den schwersen Straßenterror aus. Da ihnen in den Geschäften die Abgabe von Waren verweigert wird, so rauben sie einfach, was sie haben wollen. Zwei Offiziere, die dem Wartesaal des Essener Hauptbahnhofes verschlossen fanden, da der Bahnhof von der Arbeiterschaft stügelegt ist, schossen blindlings mit ihren Revolvern in die Menschenmenge in der Bahnhofshalle. Auch auf eine Reihe von Privatautomobilen, die auf Anruf nicht sofort hielten, wurde von den französischen Patrouillen rüchisch geschossen.

Wesel und Emmerich besetzt.

Das Eisenbahnmateriale gerettet.

Im Dienstag früh wurde in Wesel das Zollamt von den Belgieren besetzt. Zollrat Busse und Oberzolinspektor Webbe wurden interniert. Das Rathaus und der Bahnhof wurden ebenfalls besetzt. Die Stärke der Besatzung beträgt 1½ bis 2 Kompagnien. Außerdem besetzten die Belgier in Emmerich das Hauptzollamt Hafentopf und das Zollamt Emmer. Die Hauptstraßen am Rhein wurden mit Maschinengewehren abgesperrt.

Diese neue rechtswidrige Ausdehnung der Besatzungszone wurde am Abend zuvor dem deutschen Reichskommissar für die besetzten Gebiete angekündigt, der jedoch die Entgegennahme dieser Mitteilung ablehnte. Abends war der Führer der Belgier in Wesel sehr erstaunt, als er auf dem Bahnhof nur leere Gleise vorfand. Das gesamte Eisenbahnmateriale war noch in der Nacht weggeschafft worden. In Emmerich ließ der belgische Kommandeur mehrere Polizisten, die den fremden Offizier nicht grüßten, festnehmen. Auf dem Emmericher Bahnhof befanden sich keine für Deutschland bestimmten Güter mehr, dagegen stehen Kohlenzüge für Holland noch auf den Gleisen.

Regierungspräsident Hänisch ausgewiesen

Der neue Regierungspräsident von Wiesbaden, Hänisch, weifte in den letzten Tagen im besetzten Gebiet, um als Kommissar der preussischen Regierung Informationen über die wirtschaftliche und politische Lage einzujohlen. Er wurde durch französische Beamte zu dem französischen Oberdelegierten genötigt, der ihn ehrenamtlich verpflichtet wollte, noch vor Mitternacht das besetzte Gebiet zu verlassen. Hänisch lehnte das Ansinnen ab und erklärte, nur der Gewalt zu weichen. Daraufhin wurde er einer gründlichen Untersuchung unterzogen, gegen die er unter Berufung auf seine Immunität als preussischer Landtagsabgeordneter entsetzlich protestierte. Dann wurde er im französischen Militärschiff über die Grenze des besetzten Gebiets gebracht.

Kohlen- und Automobilräuber.

Energetische Gegenwehr.

Der Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister von Essen befohlen, 72 Personentransporte, von denen 36 offene und 36 geschlossene sind, sofort zu liefern. Dar auf hat der Oberbürgermeister mit einem Schreiben geantwortet, in welchem er den General darauf hinweist, daß bereits zahlreiche Automobile auf der Straße beschlagnahmt worden seien und daß er deren Rückgabe fordere. Die Requisition selbst zu erfüllen, lehne er ab. Inzwischen sind von den Franzosen Posten aufgestellt worden, die sämtliche Personen- und Lastkraftwagen beschlagnahmen. Auch der Kommandant der Besatzungstruppen in Bochum forderte die Lieferung von 48 Personentransportwagen mit allem Zubehör.

Auf der Seeche Prosper I in Essen-Deilwig erhielt eine belgische Kompagnie mit Maschinengewehren und verlangte Kohlen. Die Tagesarbeiter, die sie weigerten, bei der Beladung mitzubelfen, wurden körperlich mißhandelt und mit Kolben und Bajonetten durch Schrecksschüsse vertrieben. Die Soldaten luden selbst in mitgebrachte und vom Zechenplan genommene Wagen Kohlen ein. Auf Prosper III in Voitrö er schien ebenfalls eine starke belgische Truppenabteilung. Das Zechentor wurde geschlossen und innerhalb weniger Minuten sammelte sich jenseits desselben auf dem Zechenplan die gesamte Tagesbelegschaft der Zechen.